

verhindern, dass Beijing die Fähigkeit erlangt, das amerikanische Festland ernsthaft zu bedrohen. Noch sind die Amerikaner militärisch unbestrittene Nummer eins weltweit. Diese erdrückende Überlegenheit wollen die Vereinigten Staaten gegenüber Ländern wie China, aber auch Indien und Pakistan, in jedem Fall aber Russland sichern, koste es, was es wolle.[...] Die USA wollen nicht in die Lage geraten, Beijing irgendwann als gleichrangig behandeln zu müssen – so wie sie das zu ihrem Leidwesen in den vergangenen 50 Jahren mit Moskau tun mussten. Die Strategen im Pentagon sehen China als die eigentliche Gefahr für Amerikas Zukunft. Deswegen verstärkt Washington seine Streitkräfte im Pazifik und plant ein Verteidigungssystem mit Taiwan und Japan. Da sie das nicht öffentlich bekennen wollen, tischen sie uns für die NMD-Debatte diese billigen und z.T. wirklich dummen Argumente auf, die für jeden Militärstrategen einfach lächerlich klingen“ (ebd., S.164).

Im Gegensatz dazu verfolge China „bislang konsequenter als alle anderen Atomkräfte das Prinzip minimaler Abschreckung“. Es unterhalte gerade einmal 2 Dutzend Interkontinentalraketen, um den Amerikanern für einen Ernstfall vernichtende Vergeltungsschläge glaubhaft androhen zu können. Verwirkliche sich das NMD Washingtons, so sei Chinas minimale Abschreckung allerdings wertlos. Der NMD-Schritt Washingtons zwingt die VRCh also notfalls zu weiterer Aufrüstung. Kein Wunder, dass die Chinesen außerordentlich besorgt seien, zumal Clinton mit seinem Indienbesuch den Chinesen „ganz deutlich gezeigt hat, wie überaus gelegen ihm ein atomar bewaffnetes Indien für Washingtons Eingrenzungspolitik gegenüber China kommt“ (ebd., S.167).

In der Tat gehört die Polemik vor allem gegen das TMD seit Monaten mit zu den Hauptthemen chinesischer Medienpolitik, über die in C.a. mehrfach berichtet wurde (z.B. C.a., 2000/3, Ü 7, C.a., 2000/2, Ü 10, oder C.a., 1999/12, Ü 5).

China kann inzwischen mit Befriedigung feststellen, dass es mit seiner Fundamentalkritik nicht allein dasteht, sondern von überall her Unterstützung erfährt, sei es nun von Seiten

Russlands oder sogar von Seiten der EU. Außerdem widerspricht das TMD offensichtlich dem für die Abrüstung wichtigen ABM (Anti Ballistic Missile Treaty) von 1972. Vor allem aber ist eine neue Aufrüstungswelle zu befürchten, die von nahezu allen Mächten – außerhalb der USA – abgelehnt wird. -we-

8 Vereinfachung von Auslandsreisen

Vom 1. Juni 2000 an werden neue Reisepässe ausgegeben, zunächst allerdings nur in Shanghai sowie in der benachbarten Provinz Jiangsu. Aber auch in den anderen Gebieten sollen die neuen Passregelungen noch im Jahre 2000 greifen (XNA, 23.5.00).

Die Wartefrist für die neuen Pässe soll nicht länger als 15 Tage dauern, in Eilfällen sogar nur fünf.

Personen, die mit einer Tourismusagentur ins Ausland reisen, brauchen lediglich einen Rechnungsbeleg für die Reiseausgaben vorzulegen. Früher war dazu eine formelle Regierungserlaubnis erforderlich gewesen.

Die neuen Pässe sollen fünf Jahre lang gültig sein und können beliebig oft benutzt werden. Die alten Pässe hatten eine Gültigkeitsdauer von gerade einmal einem Jahr und waren lediglich für eine einzige Auslandsreise gültig. Diese alten Pässe gelten einstweilen bis zur Ablaufzeit weiter, werden dann allerdings nicht mehr verlängert (ebd.).

Die neuen Regelungen wurden vom Ministerium für öffentliche Sicherheit herausgegeben (XNA, 27.5.00).

Schon im Vorfeld der neuen Regelung hatte es in einigen Regionen der Volksrepublik, vor allem in der nördlichen Hafenstadt Tianjin, eine ungewöhnliche Zunahme an Auslandsreisen gegeben. So waren z.B. bereits im ersten Quartal des Jahres 2000 11.736 Einwohner Tianjins ins Ausland gereist – eine Erhöhung von 50% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Das städtische Büro für Ein- und Ausreisevisa hatte bereits zu Beginn des Jahres eine Anordnung herausgegeben, derzufolge die Bürger der Stadt, wenn sie sich Ausland begeben wollten, lediglich 4.000 US\$ vorzulegen

hätten, um grünes Licht für eine Ausreise oder aber für ein Studium im Ausland zu erhalten. Auslandsstudenten haben lediglich die Einladung einer ausländischen Universität vorzulegen, wenn sie um einen Pass einkommen. Auch die Voraussetzungen für eine Arbeit oder für eine Geschäftstätigkeit im Ausland sind vereinfacht worden.

Vor Erlass der neuen Bestimmungen waren viele Einwohner Tianjins durch den Papierkrieg, der jeder Reise voranzugehen pflegte, entmutigt worden (XNA, 25.5.00). -we-

Innenpolitik

9 Tag der Arbeit im Zeichen zunehmender Arbeiterproteste

Zum 1. Mai beging die Volksrepublik ihre jährlichen Feierlichkeiten zum internationalen Tag der Arbeit, dem auf Grund der zentralen Legitimierung der Kommunistischen Partei durch die Vertretung der Interessen der „werk tätigen Massen“ ein großer Stellenwert zukommt.

Wie in jedem Jahr wurden auch diesmal rund 3.000 Modellarbeiter ausgezeichnet und in den offiziellen Medien mit hehrem Lob für ihre Loyalität gegenüber Partei und Volk sowie ihre unermüdliche Hingabe an die Sache der Reform bedacht. In seiner Funktion als Vorsitzender des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes hielt Wei Jianxing eine Festtagsansprache, in der er einerseits die konsequente Umsetzung der politischen Leitlinien der Partei, andererseits den Schutz der rechtmäßigen Interessen der Werktätigen und ihrer demokratischen Rechte forderte. Auch Jiang Zemin betonte, dass ein Kernelement in der Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft der Ausbau basisdemokratischer Strukturen sei, die die Werktätigen in die Lage versetzen sollten, „demokratische Wahlen, Verwaltung, Politikformulierung und Aufsicht“ durchzuführen. Den Gewerkschaften wird dabei – in korporatistischer Manier – die Rolle einer „Brücke“ bzw. eines „Bindeglieds“ zwischen werktätigen

ger Bevölkerung und dem Parteistaat zgedacht, der die Interessen der Arbeiter im Sinne der staatlichen Kontrollinteressen „von oben“ herab gewährleistet (XNA, 29., 30.4.00).

In den offiziellen Ansprachen fand das Problem wachsender Arbeitslosigkeit keine Erwähnung. Waren im Zuge der Reform der Staatsbetriebe 1997 11,5 Mio. und im Jahr 1998 8,9 Mio. städtische Arbeitskräfte freigesetzt worden, so liegen offizielle Schätzungen für das laufende Jahr bei 11 Mio. (SCMP, 2.5.00).

Nach Angaben des Hongkonger Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China beteiligten sich im vergangenen Jahr landesweit über 100.000 Arbeiter an lokalen Protesten gegen korruptes Betriebsmanagement, die Stundung von Löhnen und Rentenzahlungen sowie die ungenügende Arbeitslosenunterstützung durch die staatlichen Instanzen (ebd.).

Ein Artikel der Hongkonger Monatszeitschrift *Dongxiang* berichtet von einer Telefonkonferenz zuständiger Staatsrats- und ZK-Mitglieder zur Frage der sozialen Sicherheit am 4. Mai, auf der Luo Gan, Politbüromitglied und Chef des nationalen Sicherheitsapparats, einen Bericht über die soziale Situation abgegeben habe. Danach sollen sich zwischen dem 29. April und 3. Mai landesweit insgesamt 134 politisch motivierte Unruhen ereignet haben, bei denen 42 Personen, darunter 25 Sicherheitskräfte, zu Tode gekommen und rund weitere 200 verletzt worden sein sollen (*Dongxiang*, 2000/5, S.12/13).

Ein Schwerpunkt der Arbeiterproteste scheint derzeit in der Provinz Liaoning im Nordosten Chinas zu liegen, die in besonderer Weise unter der Last überkommener Industriestrukturen und maroder Staatsunternehmen leidet. Nachdem im April Meldungen über Massenproteste von rund 20.000 Bergleuten in dem in dieser Provinz gelegenen Ort Yangjiazhangzi bekannt geworden waren (vgl. C.a., 2000/4, Ü 16), kam es Mitte Mai zu Protestaktionen in der Stadt Liaoyang. Arbeiter eines Metallverarbeitenden Staatsunternehmens - Angaben über die Zahl der Beteiligten schwanken zwischen 1.500 und 5.000 Arbeitern und Pensionären - protestierten gegen die Stun-

dung ihrer Löhne bzw. Renten seit bis zu 20 Monaten. Während zweier Tage besetzten sie die Fabrik sowie die städtische Regierungsbehörde und blockierten eine wichtige Verkehrsverbindung in die Provinzhauptstadt Shenyang. Mehrere hundert Sicherheitskräften waren im Einsatz, um die Proteste aufzulösen. Drei Arbeiterführer sollen dabei festgenommen worden sein. Die Proteste scheinen insofern erfolgreich gewesen zu sein, als die zuständigen Behörden eine baldige Zahlung der ausstehenden Löhne und Renten in Aussicht gestellt haben sollen (Hongkong Informations Centre for Human Rights and Democratic Movement in China report, 16.5.00, nach SWB, 17.5.00; IHT, 17.5.00).

Allgemein dürften vor dem Hintergrund des planwirtschaftlichen Erbes partikuläre Appelle und Druckmittel an die Adresse der lokalen Regierungsbehörden noch für längere Zeit eine, wenn nicht die einzige effektive Strategie sein, um die materiellen Interessen erwerbsloser bzw. einkommensloser Bevölkerungsteile einzufordern. Die Tatsache, dass selbst in einschlägigen offiziellen Ansprachen zum Tag der Arbeit die Beschäftigungsprobleme nicht zur Sprache gebracht werden, lässt befürchten, dass sich die politischen Konflikte in diesem Bereich noch weiter zuspitzen werden. -hol-

10 Studentenproteste an der Beijing-Universität nach dem Tod einer Studentin

Ende Mai kam es auf dem Campus der Beijing-Universität („Beida“) zu mehrtägigen Protestkundgebungen von bis zu rund 1.500 Studenten. Unmittelbarer Anlass war der gewaltsame Tod von Qiu Qingfeng, einer 19-jährigen Studentin im ersten Jahrgang, gewesen. Diese hatte sich am Nachmittag des 19. Mai von einer Prüfung auf dem Campus der Beijing-Universität auf den Rückweg zu einem rund 50 km von Beijing entfernten Satelliten-Campus im Distrikt Changping gemacht, wo sich eine Abteilung der Universität für Politik und Verwaltungswissenschaften mit Wohnheimen befindet. Nachdem die Studentin einen lokalen Anschlussbus verpasst hatte, legte sie die letzte Strecke zu Fuß zurück. Am nächsten Morgen

wurde sie vergewaltigt und ermordet in der Nähe des Wohnheims aufgefunden (Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China report, 24.5.00, nach SWB, 25.5.00; Kyodo News Service, 24.5.00, nach SWB, 25.5.00; NZZ, 25., 27./28.5.00).

Vor dem Hintergrund der vor dem elften Jahrestag der Niederschlagung der Studentenbewegung vom 4.6.1989 ohnehin angespannten Atmosphäre erregte der an sich tragische Vorfall verstärkten Missmut unter der Studentenschaft. Die Hochschulleitung hatte nicht nur generell jegliche Proteste vor diesem sensiblen Termin verboten, sondern nach Angaben des Hongkonger Informationszentrums auch versucht, die Nachricht über den Tod Qiu Qingfengs zurückzuhalten, um kollektive Reaktionen zu vermeiden. Nachdem die Nachricht drei Tage später mittels elektronischer Medien dennoch durchgedrungen war, versammelten sich am Abend des 23. Mai rund 1.500 Studenten auf dem für Protestaktivitäten prädestinierten „Dreiecksplatz“ auf dem Campus der Beijing-Universität zu einer Mahnwache, die bis in die Morgenstunden andauerte. Die Proteste wurden am nächsten Tag fortgesetzt. Mehrere hundert Studenten verlangten, dass der Präsident der Universität, Xu Zhihong, und sein Stellvertreter, Lin Junjing, sich dem Dialog über den Vorfall stellten, was die beiden im Tagesverlauf auch taten.

Die Forderungen der Studenten, die sie teilweise mündlich, teilweise in Form von Wandzeitungen kundtaten, erstreckten sich von der Abhaltung einer offiziellen Trauerfeier und der Errichtung einer Gedenkstätte für die ermordete Kommilitonin über verbesserte Verkehrsverbindungen und Wohnbedingungen bis hin zu Rücktrittsforderungen an die Adresse des Universitätspräsidenten, des Ministers für öffentliche Sicherheit und des Beijinger Polizeichefs. Auch systemkritische Stimmen wurden laut, die über die mangelnde Gewährleistung der persönlichen Sicherheit durch die Hochschule und die Regierung sowie die übermäßige Betonung gesellschaftlicher Stabilität auf Kosten des individuellen Lebens klagten.

Die Hochschulleitung kam einigen der konkreteren Forderungen der Studenten nach, indem sie eine Gedenkstätte für Qiu Qingfeng und einen flexiblen Transportservice zu dem Satelliten-campus in Changping einrichtete und die Wohnbedingungen auf dem Campus verbesserte (SCMP, 7.6.00). Weitergehende Schritte, wie etwa Rücktritte innerhalb der Hochschul- oder Stadtverwaltung, sind allerdings bisher nicht bekannt geworden und erscheinen auch sehr unwahrscheinlich.

Gemäß der Berichterstattung der Hongkonger Monatszeitschrift *Zhengming* zog der Vorfall noch wesentlich weitere Kreise. So sollen die protestierenden Studenten Unterstützung von 57 Professoren und Dozenten der Beijing-Universität erhalten haben, die sich in einem gemeinsamen Brief an die für das Erziehungswesen zuständigen Stellen im Staatsrat für eine wohlmeinende Reaktion auf die Forderungen der Studenten eingesetzt haben. Am 23. und 24. Mai sollen Zhu Rongji und Jiang Zemin persönlich interveniert haben; angeblich empfahlen sie einen Kurs des Dialogs mit den Studenten und ein Eingehen auf realistische Forderungen von deren Seite, um eine Eskalation zu vermeiden; zugleich aber mahnten sie die Schulleitung dringend, eine Ausbreitung der Proteste auf andere Hochschulen in und außerhalb Beijings zu verhindern. Diese Sorge schien insofern durchaus berechtigt, als angeblich landesweit insgesamt 42 Universitäten und Hochschulen, an denen der Tod Qiu Qingfengs über elektronische Medien bekannt geworden war, ihre Solidarität mit den Studenten der Beijing-Universität bekundeten (ZM, 2000/6, S.7-9).

Bei den Kundgebungen handelte es sich um die zahlenmäßig größten Proteste seit der Studentenbewegung vom Frühjahr 1989, die von der Beijing-Universität und anderen im selben Distrikt gelegenen Hochschulen ausgegangen waren. So weit die bisherige Berichterstattung eine Interpretation zulässt, reflektierten sämtliche Beteiligten diesmal allerdings die einschneidenden politischen Folgen der damaligen Proteste und hüteten sich in ihrer Kommunikation entsprechend vor einer Verhärtung der Fronten und einer Eskalation des Konflikts. -hol-

11 „Dauerbrenner“ Falungong

Auch nach über einem Jahr internationaler Aufmerksamkeit auf die Falungong-Bewegung reißt die Kette von Meldungen über Proteste von Falungong-Anhängern und staatlichen Gegenreaktionen in China nicht ab. Die Protestaktivitäten konzentrieren sich dabei auf politische Ereignisse in der Hauptstadt sowie auf Feier- und Jahrestage. Hatten Falungong-Anhänger im Februar das traditionelle Frühlingsfest, im März die Sitzung des Nationalen Volkskongresses und im April den Jahrestag der „Demonstration der 10.000“ für Proteste auf dem Tiananmen-Platz genutzt, so gaben im Mai der Geburtstag des Falungong-Gründers Li Hongzhi am 11. des Monats sowie der achte Jahrestag der erstmaligen Einsetzung der Falungong-Lehre durch den Meister am 13. des Monats Anlass für Demonstrationen in Beijing und anderen Orten.

Die Protestaktionen auf dem Tiananmen-Platz in Beijing verliefen nach einem inzwischen eingespielten Muster: Unter den gewöhnlichen auf dem Platz befindlichen Touristenmassen machen sporadisch und unvermittelt kleine Gruppen von drei bis zu einem Dutzend Personen, in der Mehrzahl Frauen, zum Teil auch mit Kindern, auf sich aufmerksam, indem sie ihre Arme zur typischen meditativen Pose vor sich heben oder Banner mit einschlägigen Falungong-Aufschriften über den Horizont der Menge heben. Wenige Sekunden später sind auf dem Platz in großer Zahl verteilte Polizisten in Zivil zur Stelle, die die Protestierenden zum Herunternehmen ihrer Arme respektive Banner zwingen und in Streifenwägen abtransportieren. Die Umstehenden nehmen dieses Ritual mit mehr oder weniger Teilnahme zur Kenntnis; auch die meisten ausländischen Passanten verzichten darauf, die Szenen photographisch oder filmisch festzuhalten, da bekannt ist, dass die Aufnahmen umgehend von Sicherheitskräften konfiziert werden.

Im Verlauf des 11. Mai, des kontrovers festgelegten Geburtstags Li Hongzhis, sollen rund 200 Personen in Gewahrsam genommen worden sein. Auch in Hongkong und anderen Städten weltweit fanden sich Falungong-Anhänger zu Demonstrationen zusam-

men (SCMP, 12.5.00; Radio TV Hong Kong, 11., 13.5.00; nach SWB, 13., 15.5.00; IHT, 12.5.00; NZZ, 12.5.00; vgl. auch die Abbildung in FAZ, 26.4.00, S.3; zur Kontroverse um Li Hongzhis Geburtstag, die noch durch die unterschiedlichen Berechnungen je nach westlichem Sonnen- bzw. traditionellem Mondkalender kompliziert wird, vgl. C.a., 2000/2, S.137).

Die offiziellen Medien in China waren bestrebt, den zu erwartenden Protesten durch kritische Darstellungen der Falungong-Bewegung gegenzusteuern. Der Tenor etwa im Parteiorgan der *Volkszeitung* war dabei, dass von der „kleinen Zahl“ organisatorischer Schlüsselfiguren und hartnäckiger Falungong-Anhänger, die noch nicht zur Abkehr bewegt werden konnten, eine sehr „große“ und nachhaltige Gefahr für die Gesellschaft ausgehe. Dieser Gefahr gelte es, noch entschlossener und mit noch rigideren juristischen und anderweitigen Mitteln zu begegnen. Geheime Treffen wie etwa die erfolgreich aufgedeckte konspirative Sitzung von rund einem Dutzend Falungong-Anhängern „in Zimmer No 501 im 5. Eingang des Hauses No 4 im 5. Abschnitt der Heyidong-Gasse im Fengtai-Distrikt von Beijing“ müssten in Zukunft verhindert werden (RMRB, 9.5.00). Das informationspolitische Dilemma zwischen einem „Kleinreden“ des quantitativen Ausmaßes und der Betonung der qualitativ „großen“ Gefahr, zwischen der Aufbietung detaillierter „faktischer“ Evidenz zur Rechtfertigung der strafrechtlichen Verfolgung einzelner Anhänger und der pauschalen Rundum-Kriminalisierung des Falungong-„Kultes“ ist bisher nicht gelöst worden.

Diesseits der propagandistischen und strafrechtlichen Dimension staatlicher Maßnahmen gegen die Falungong-Bewegung ist im städtischen Leben eine Veralltäglichere Kontrolle von Falungong-Anhängern durch die staatlichen Sicherheitskräfte zu beobachten. So wurde der Verfasserin etwa bekannt, dass in Beijing alle ehemals als Falungong-Praktizierende identifizierten Personen angeblich regelmäßig, im Schnitt einmal wöchentlich, in den jeweils für ihren Wohnort zuständigen lokalen Polizeiwache vorstellig werden müssen, um über ihre Aktivi-

täten in der zurückliegenden Zeit Auskunft zu geben, was je nach Leutseligkeit der Polizisten auch in informelle Plaudereien münden kann. Längere Abwesenheiten müssen beantragt und begründet werden. An für Proteste prädestinierten Feier- und Jahrestagen etc. werden diese Personen vorsorglich in Gewahrsam genommen. Angeblich wird dabei jeweils ein Beamter (aus dem Polizeidienst, bei Personalmangel aber auch aus der ministeriellen Bürokratie) abgestellt, um einen Falungong-Anhänger zu betreuen (persönliche, nicht verifizierte Information).

Derartige Schilderungen, wenn sie auch im Einzelnen kaum überprüfbar sind, lassen vermuten, welche institutionellen und personellen Kapazitäten offenbar seit Monaten in der Volksrepublik gebunden werden, um die Falungong-Bewegung unter Kontrolle zu halten und den befürchteten Gefahren gesellschaftlicher und politischer Destabilisierung vorzubeugen.

Der zu veranschlagende Aufwand an staatlichen Ressourcen wird noch größer, wenn man die zahlreichen Maßnahmen zur Kontrolle anderer als „Kulte“ identifizierter religiöser Vereinigungen sowie der zahlreichen Qigong-Gruppen hinzurechnet. So unterstehen nach Angaben des Hongkonger Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China (vgl. zu dessen Berichterstattung die Übersicht unten) inzwischen 14 auf christlichen Lehren basierende kirchenähnliche Vereinigungen (darunter die 1985 gegründete „Total Scope Church“, chin. Quanfangwei) und eine buddhistische Vereinigung (die aus Taiwan eingeführte sog. „Guanyin Method“) als „Kulte“ gezielter staatlicher Kontrolle bzw. Verfolgung (Information Centre for Human Rights and Democracy in China report, 4., 10.5.00, nach SWB, 6., 12.5.00; vgl. auch *Sing Tao Jih Pao*, 5.5.00, nach SWB, 6.5.00). Ferner wurden sämtliche Qigong-Gruppen, deren Zahl landesweit in die Tausende geht, einer strikten Aufsicht durch das Ministerium für zivile Angelegenheiten unterstellt. Die Kontrolle erfolgt durch restriktive Registrierungs Vorschriften für Qigong-Organisationen, verschärfte Auflagen für jegliche Arten von Qigong-Publikationen sowie die oblige Einsetzung von Parteizellen in al-

len Qigong-Gruppen mit mehr als drei Parteimitgliedern (SCMP, 15.5.00). -hol-

12 Spekulationen über Korruption in Finanzkreisen nach vermutlichem Selbstmord des obersten Devisenverwalters

Li Fuxiang, Direktor der Staatlichen Devisenverwaltungsbehörde (engl. SAFE) und Stellvertretender Direktor der Chinesischen Zentralbank, stürzte sich am 9. Mai vom siebten Stock eines Beijinger Krankenhauses in den Tod. Vermutlich und von offizieller Seite inzwischen bestätigt, handelte es sich um einen Selbstmord, über dessen Gründe seither spekuliert worden ist.

Der 47-jährige Li Fuxiang soll in den USA studiert und als Devisenhändler bei der Bank of China in New York gearbeitet haben, bevor er mit der angeblichen Unterstützung Zhu Rongjis 1996 zum Stellvertretenden Direktor und 1998 schließlich zum Direktor der Staatlichen Devisenverwaltungsbehörde ernannt wurde. Li Fuxiang war damit an oberster Stelle für die Devisenpolitik des Landes zuständig.

Bereits die frühesten Spekulationen brachten den Tod Li Fuxiangs mit Korruptionsfällen innerhalb des chinesischen Finanzsektors in Verbindung. Allgemein vermuteten westliche Kommentatoren, dass der Vorfall Ausdruck eines fortgesetzten politischen Machtkampfes zwischen Reformkräften um Zhu Rongji und konservativen Kräften um Li Peng sei: Als Mitglied einer Gruppe politischer Schützlinge Zhu Rongjis in den Finanzkreisen wird Li Fuxiang etwa als Opfer eines konservativen Rückschlags gegen Zhu Rongji gewertet, der mit „seinen“ Anti-Korruptionskampagnen zahlreiche Partei- und Regierungsmitglieder gegen sich aufgebracht habe (in diesem Sinne etwa HB, 17.5.00).

So viel oder wenig an diesem häufig verwendeten machtpolitischen Deutungsmuster wahr sein mag, hat sich in der Zwischenzeit in der Hongkonger Presse eine detailliertere Interpretation der Ereignishintergründe herauskristallisiert. Danach war Li bereits seit Jahresanfang verdächtigt worden, in einen Korruptionsskandal verwickelt zu sein, in dessen Zentrum

sein Vorgänger und ehemaliger Vorgesetzter im Amt des Direktors der Devisenverwaltung, Zhu Xiaohua, stehen soll. Unter anderem soll unter der Leitung Zhus die China Everbright Bank große Geldbeträge in eine Shanghai Investmentfirma gesteckt haben (ebd.; *Ming Pao*, 23.5.00, nach SWB, 26.5.00).

Ende Januar soll Li Fuxiang vorübergehend von seinen Ämtern beurlaubt worden sein, nachdem er in die Untersuchung des Korruptionsfalles durch die Disziplinarkontrollkommission der Partei einbezogen worden war. Ihm wurde angeblich Strafminde rung in Aussicht gestellt, wenn er zu dem Fall aussage und seine Kenntnisse über den Fall bereitwillig bekannt gebe; umgekehrt soll ihm mit der Übergabe des Falles an die Gerichte gedroht worden sein. Als es am 27. April schließlich zu dem Aussagetermin kam, soll Li einen psychischen Kollaps erlitten haben und daraufhin in das Beijinger Krankenhaus verbracht worden sein. Während einige Kommentatoren in der engen freundschaftlichen Beziehung zwischen Zhu Xiaohua und Li Fuxiang und dessen Befangenheit das Hauptmotiv für dessen Selbstmord sehen, spekulierten andere, ob Li nicht etwa von Seiten anderer in den Korruptionsfall verwickelter Vertreter des Finanzsektors in den Tod getrieben worden sein könnte, um eine Aufdeckung zu verhindern. Angeblich aber habe Li vor seinem Tod eine schriftliche Aussage verfasst, in der er seine eigenen und Zhu Xiaohuas illegale Aktivitäten im Detail geschildert habe (*Ming Pao*, 12., 23.5.00, nach SWB, 13., 26.5.00; SCMP, 13.5.00; ZM, 2000/6, S.18/19).

Falls sich der Verdacht verbreiteter Wirtschaftskriminalität und Korruption in den obersten Finanzkreisen der Volksrepublik erhärten sollte, könnte sich dies negativ auf die internationale Reputation des Wirtschaftspartners China auswirken. -hol-

13 Prestigeprojekt Drei-Schluchten-Staudamm durch Korruptionsskandale gefährdet

Nach wiederholten Meldungen über Probleme bei der Ausführung des 1992 beschlossenen Drei-Schluchten-

Staudammprojekts sind Anfang Mai zwei neue Korruptionsskandale bekannt geworden.

Der eine Fall betrifft Jin Wenzhao, einen hohen Manager der so genannten Drei-Schluchten-Wirtschaftsentwicklungs-Gesellschaft, der verdächtigt wird, über eine Milliarde Yuan (ca. 250 Mio. DM) staatlicher Gelder veruntreut bzw. illegal erworben und teilweise auf ausländische Konten transferiert zu haben. Jin war 1992 von einem einfachen Manager eines kleinen Wasserwerks zum Leiter der Entwicklungsgesellschaft befördert worden und hatte dort seither einen autokratischen Führungsstil gepflegt. Unter anderem soll er seine Stellung dazu ausgenutzt zu haben, Ämter im Rahmen des Staudammprojekts zu verkaufen und Schiebergeschäfte mit Rohstoffen zu tätigen, zu denen er in seiner Funktion privilegierten Zugang hatte. Nachdem er bereits im vergangenen Jahr in Beijing festgenommen und anschließend wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, ist er nun flüchtig. Der Entwicklungsgesellschaft wurde einstweilen der Zugang zu staatlichen Direktinvestitionen versperrt (SCMP, 3.5.00; NZZ, 13./14.5.00).

Der zweite bekannt gewordene Korruptionsfall betrifft Dai Lansheng, einen hohen Manager der so genannten Drei-Schluchten-Industriegesellschaft, die einen Großteil der Bauarbeiten am Staudamm ausführt. Er ist im Januar diesen Jahres angeklagt worden, durch Amtsmissbrauch und Korruption mehrere Milliarden Yuan veruntreut zu haben. Angeblich importierte er anstatt neuwertiger gebrauchte Baufahrzeuge, Maschinen und Werkzeuge und strich nach Rechnungsfälschung die Wertdifferenz selbst ein (ebd.).

Während die weit verbreitete Korruption und Wirtschaftskriminalität in China allgemein als ein systembedingtes Phänomen der Transformationsperiode betrachtet werden kann, kommt im Fall des Drei-Schluchten-Staudamms noch ein anderer korruptionsfördernder Faktor hinzu. Der Bau des gigantischen Staudamms galt von Beginn an als ein Prestigeprojekt, das zumindest aus offizieller Sicht den chinesischen Nationalstolz verkörperte. Als solches ge-

noss das Projekt gewissermaßen politische Immunität. Die daran Beteiligten erhielten entsprechend hohe Statusrechte und materielle Verfügungsprivilegien, die korruptes Verhalten geradezu herausforderten.

Inwieweit die jüngst bekannt gewordenen Korruptionsskandale das Prestige und die politische Immunität des Staudammprojekts nachhaltig beeinträchtigt haben, lässt sich noch nicht absehen. Bereits Anfang März dieses Jahres soll eine Gruppe von 53 Ingenieuren, Wasserbauexperten und Akademikern, darunter zahlreiche Mitglieder der Politischen Konsultativkonferenz, eine Petition eingereicht haben, in der sie die Führung aufforderten, den Zeitplan für die Ausführung des Staudammprojekts zu überdenken. Sie traten für eine Verlangsamung des Baus ein, dessen Fertigstellung ursprünglich auf das Jahr 2009 veranschlagt worden ist. Als Grund nennen sie, dass für die Kontrolle der zu erwartenden Schlammablagerungen bei der Auffüllung des Staubeckens, aber auch für die Umsiedlungen im Zusammenhang des Projekts ein längerer Zeitraum nötig sei (SCMP, 3.5.00).

Es kann nur darüber spekuliert werden, ob es sich bei dieser Petition für eine verzögerte Fertigstellung um einen diplomatisch verpackten Vorschlag handelt, das Projekt ganz zu beenden; bemerkenswert erscheint jedenfalls bereits die Tatsache, dass auf hoher politischer Ebene ein solcher Vorschlag formuliert worden ist. Seit der Formulierung der ersten Pläne für das Staudammprojekt hat sich durch die Initiative einiger prominenter Journalisten in China eine begrenzte öffentliche Diskussion entzündet. Diese lässt darauf schließen, dass nicht nur im Aus-, sondern auch im Inland Bedenken hinsichtlich der negativen ökologischen Auswirkungen, der wirtschaftlichen Profitabilität und des umfangreichen Verlustes an Kulturschätzen durch den Bau des Staudamms verbreitet sind. -hol-

14 Lebenslange Haftstrafe für einstigen „Helden der Reform“

Am 30. Mai wurde der 58-jährige Geschäftsmann Mou Qizhong von einem Gericht in Wuhan zu lebenslan-

ger Haft verurteilt. Das Urteil erregte im In- und Ausland großes Aufsehen, nachdem Mou Qizhong in der Mitte der neunziger Jahre als einer der „reichsten Männer“ Chinas und „Held der Reform“ gefeiert worden war (XNA, 30.5.00; IHT, 31.5.00; *Economist*, 3.6.00, S.64).

Mou Qizhong begann seine Geschäftsaktivitäten in den frühen achtziger Jahren, nachdem ein Todesurteil, das 1975 wegen seiner angeblich kapitalistischen Haltung gegen ihn ausgesprochen worden war, unter dem Reformregime Deng Xiaopings aufgehoben worden war. Mit geringem Kapital eröffnete er eine Handelsfirma, die Armbanduhren in Sichuan kaufte und in Shanghai verkaufte. Nach raschen Anfangserfolgen wurde er 1983 von lokalen Behörden zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt, angeblich wegen zu hoher Profite. Nach seiner Freilassung gründete er eine neue Firma in Nordchina, die zu einem der erfolgreichsten Privatunternehmen wurde. Sein erfolgreichstes Geschäft, das ihm schlagartig große Prominenz verschaffte, war ein Barter-Handel zwischen China und Russland. Eine Tauschtransaktion von 500 Eisenbahnwaggons mit chinesischen Leichtindustriegütern für die russischen Geschäftspartner gegen vier russische Flugzeuge für die Fluglinie der Provinz Sichuan soll ihm angeblich 11 Mio. US\$ eingetragen haben. 1995 erhielt er als einer der „zehn besten Privatunternehmer“ und als „Held der Reform“ offizielle Auszeichnungen. Seine Firma soll zu diesem Zeitpunkt über ein Kapital von 240 Mio. US\$ verfügt haben. Angeblich trug er sich in den Folgejahren mit Plänen, in den USA Holdinggesellschaften zur Übertragung staatlichen Kapitals zu gründen und durch dessen Reinvestition in China Steuervorteile auszunutzen.

Mou Qizhong wurde Anfang letzten Jahres unter dem Vorwurf verhaftet, Verträge mit ausländischen Geschäftspartnern gefälscht zu haben, um damit Kreditbriefe zu erhalten. Mittels dieser soll er Bankkredite in einer Höhe von 75 Mio. US\$ erschlichen und einen Verlust von 30 Mio. US\$ an staatlichen Geldern verursacht haben.

Das harsche Urteil dürfte starke psychologische Wirkungen entfalten. Ne-

ben dem eher mythologischen Aspekt, dass Mou Qizhong auf Grund seiner äußerlichen Ähnlichkeit mit Mao Zedong Prominenz als „Vorsitzender Mou“ genoss, scheint das Urteil ein klares Kalkül der Abschreckung zu reflektieren. So vermutet eine Kommentator des *Economist*, dass an Mou ein weiteres Exempel zur Demonstration staatlicher Entschlossenheit bei der Bekämpfung der weit verbreiteten Korruption statuiert worden sei (*Economist*, 3.6.00, S.64).

Ein spezifischerer Zusammenhang lässt sich aber auch mit den jüngst verstärkten Bemühungen der Parteizentrale erkennen, die private Wirtschaft, die in den vergangenen Jahren ein zunehmendes gesellschaftliches und politisches Eigenleben entfaltet hat, unter die staatliche Kontrolle rückzubinden. Ein wichtiges Motiv innerhalb der von Jiang Zemin zuletzt persönlich gestarteten ideologischen Kampagne der „drei Repräsentationen“ etwa scheint es zu sein, der wachsenden Diversifizierung ökonomischer Interessen und der damit verbundenen Pluralisierung gesellschaftlicher Lebensformen Einhalt zu gebieten (vgl. C.a., 2000/4, Ü 13, Ü 14). Mitte Mai wurden außerdem Meldungen laut, wonach Jiang Zemin gefordert habe, in Privatunternehmen Parteiorganisationen einzusetzen. Diesen sollte die Aufgabe zufallen, „die Unternehmer dahingehend zu einen und zu erziehen, für die staatliche Politik einzutreten, ihre Geschäfte in legaler Weise zu betreiben und die Interessen der Arbeitnehmer zu schützen“. Nur so könne ein gesundes Wachstum des Privatsektors gewährleistet werden (XNA, 15.5.00; SCMP, 16.5.00; IHT, 16.5.00). -hol-

15 Verstärktes politisches Problembewusstsein angesichts wachsender Kriminalität

In den vergangenen Wochen häuften sich in der offiziellen chinesischen Presse Meldungen über kriminelle Delikte aller Art und deren Bekämpfung durch nationale und regionale Initiativen. Sie reflektieren eine Zunahme der Kriminalität in der Volksrepublik, die im internationalen Vergleich lange als relativ sicheres Land galt.

Im Zentrum der Berichterstattung stand das Problem des Menschenhandels, das in Südchina immer größere Ausmaße anzunehmen scheint. Frauen, zum Teil auch Kinder, werden in ärmeren Regionen gekauft oder entführt, um sie in reicheren Regionen als Hausmädchen oder Konkubinen, im Fall von Kindern als Adoptionszöglinge kinder- bzw. knabenloser Paare zu verkaufen. Eine besonders große „Nachfrage“ nach Frauen und Kindern wird aus Guangzhou gemeldet (XNA, 11., 22., 25., 26., 31.5.00).

Als Problem wird ferner der wachsende Drogenhandel benannt, der ursprünglich vor allem in der an Laos und Burma grenzenden südwestlichen Provinz Yunnan grassierte, inzwischen seinen Weg aber in die Diskotheken aller chinesischen Großstädte gefunden hat. Laut offiziellen Angaben stieg die Zahl der landesweit registrierten Drogenkonsumenten im letzten Jahr um 14,3% auf 680.000. Entsprechend gestiegen seien auch die Mengen geschmuggelter Drogen (vor allem Heroin, Amphetamine, bekannt als „ice“, und Haschisch) und die Zahl der Dealer (XNA, 17., 18., 20., 21., 28.5.00).

Das steigende Ausmaß der Wirtschaftskriminalität in ihren verschiedenen Spielarten war Ende April Gegenstand eines kritischen Artikels in der als liberal geltenden Zeitung *Southern Weekend*. Mit zahlreichen Beispielen illustriert, wurde dort die breite Involvierung von Partei-, Armee- und Regierungsangehörigen in mafiose Aktivitäten wie Rotlicht-Erpressungen, das Heuern professioneller „Killer“ oder den Amtsmissbrauch insbesondere im Sicherheits- und Polizeiapparat geschildert (*Nanfeng Zhoumo*, 28.4.00, nach SWB, 16.5.00).

So weit aus den offiziellen Medien erkenntlich, erfolgt die Bekämpfung der Kriminalität in erster Linie in der Form von Kampagnen. So wurde etwa am 1. April eine einmonatige nationale Kampagne zur Bekämpfung des Menschenhandels ins Leben gerufen, in deren Verlauf über 10.000 Opfer gerettet und ebenso viele Verdächtige identifiziert worden sein sollen. Vier Menschenhändler erhielten die Todesstrafe, zahlreiche weitere wurden zu teilweise langjährigen Haftstrafen verurteilt (XNA, 10.,

22.5.00; RTHK 3, 10.5.00, nach SWB, 12.5.00; IHT, 11.5.00). Ein regionales Beispiel ist die ebenfalls im April in der Provinz Guangdong eingeleitete Kampagne, mittels derer drei Monate lang gegen kriminelle Syndikate und Menschenhandel „scharf durchgegriffen“ und die Phänomene der Pornographie, des Glücksspiels und des Drogenhandels „ausgelöscht“ werden sollen (*Nanfeng Ribao*, 12.4.00, nach SWB, 2.5.00).

Angesichts dieser Form sporadischer Kampagnen stellt sich grundsätzlich die Frage nach der Effizienz und Nachhaltigkeit der Verbrechensbekämpfung in der Volksrepublik, die hier allerdings nicht beantwortet werden kann. Insbesondere im Bereich der Wirtschaftskriminalität, die als systembedingtes Phänomen der chinesischen Transformationswirtschaft zu verstehen ist, scheinen solche Kampagnen - abgesehen von dem sich allerdings schnell aufzehrenden Abschreckungseffekt - nicht als adäquate Maßnahmen. Als ein gewisser Fortschritt erscheint immerhin die Tatsache, dass über die verschiedenen Formen der Kriminalität inzwischen in relativer Offenheit diskutiert wird.

Das verstärkte Problembewusstsein mag nicht zuletzt auch durch eine Serie von Verbrechen in den vergangenen Wochen bedingt sein, deren Opfer Ausländer waren. So rekapituliert etwa ein Artikel des *Handelsblattes* mit dem Titel „Wachsende Kriminalität schädigt Chinas Image“ die Reihe von Morden, Überfällen und Anschlägen auf ausländische Geschäftsleute. Die Ermordung des DaimlerChrysler-Mitarbeiters Jürgen Pfrang und seiner Familie im April dieses Jahres in Nanjing, die von den chinesischen Behörden als ein nicht politisch motivierter Einzelfall hingestellt wurde, scheint die internationale Gemeinschaft in China alarmiert zu haben (HB, 19.5.00). Angesichts dieser Entwicklung, die die chinesische Seite offenbar befürchten lässt, dass ausländische Investoren dadurch abgeschreckt werden könnten, kann die Betonung staatlicher Anstrengungen im Bereich der Verbrechensbekämpfung auch als eine Public-Relations-Maßnahme betrachtet werden. -hol-

16 „Demokratische“ Absetzung eines Dorfvorstehers - Fortschritt im Aufbau basisdemokratischer Strukturen?

Anfang Mai feierte die offizielle Tageszeitung der südchinesischen Inselprovinz Hainan einen weiteren Durchbruch im Aufbau ländlicher Basisdemokratie: In dem Dorf Yusha im Distrikt Haikou war Ende April der Vorsteher des Dorfkomitees, Fu Maoxuan, durch ein demokratisches Abstimmungsverfahren der Dorfbewohner abgesetzt worden, ein Ereignis, dem als angeblich erstem seiner Art besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde (*Hainan Ribao*, 3.5.00, nach SWB, 5.5.00).

Laut dem Bericht soll Fu Maoxuan im Januar dieses Jahres durch einen eigenmächtigen Grundstücksverkauf den Unmut der Dorfbewohner auf sich gezogen haben. Diese unterzeichneten daraufhin in ausreichend großer Zahl (notwendig ist ein Fünftel der wahlberechtigten Personen) eine Petition, in der sie die Absetzung des Dorfvorstehers forderten. Auf der vierstündigen Dorfsitzung, die daraufhin einberufen wurde, hatte Fu Gelegenheit zu seiner Verteidigung, die ein negatives Abstimmungsergebnis (495 von 686 abgegebenen Stimmen) gegen ihn jedoch nicht verhindern konnte. „Um 14.18 Uhr“ desselben Tages war seine Absetzung „nach Artikel 16 des Gesetzes über dörfliche Selbstverwaltung der Volksrepublik China“ damit rechtskräftig. Parteivertreter beeilten sich daraufhin zu betonen, dass „Partei und Regierung dem Urteil der Massen vollstes Vertrauen schenken und ihre Entscheidung respektieren“, und auch Fu selbst wurde mit der Aussage zitiert, dass er für das Abstimmungsergebnis Verständnis habe und es für legitim ansehe (ebd.).

In der Vorführung dieses „formschönen“ Aktes ländlicher Basisdemokratie scheint die Begeisterung westlicher Beobachter widerzuhallen, die im Ausbau demokratischer Strukturen auf der dörflichen Basis seit Mitte der achtziger Jahre und insbesondere in der Revision des Gesetzes über dörfliche Selbstverwaltung einen Hoffnungsfunkten für die chinesische Menschenrechtsentwicklung und den Ausgangspunkt einer „stillen Revolution“ sehen. Allerdings ist zu sehen, dass das

Hauptziel der chinesischen Führung nicht eine „Demokratisierung von unten“, sondern vielmehr die Wahrung der politischen und gesellschaftlichen Stabilität ist. Die Ermöglichung dörflicher Direktwahlen trägt dem schwindenden Einfluss der kommunistischen Parteiorgane auf dem Land Rechnung. Zugleich ist ihr eine psychologische Ventilfunktion zugeordnet, die verhindern soll, dass der Unmut der ländlichen Bevölkerung auf höhere Ebenen durchschlägt (vgl. C.a., 1998/11, Ü 6).

Dem Ziel sozialer Stabilisierung der dörflichen Basis scheint man allerdings durch den Ausbau der „ländlichen Demokratie“ bisher nicht wesentlich näher gekommen zu sein. Wie eine Bestandsaufnahme vom April dieses Jahres in der *South China Morning Post* nahelegt, wachsen die sozialen Spannungen auf dem Land und der Unmut der Bauern über willkürlich auferlegte Abgaben und Steuern, Amtsmissbrauch und Korruption (SCMP, 11.4.00). -hol-

17 Sperre für individuelle Touristenvisa an ausländische Journalisten

Laut Meldungen aus Hongkong von Anfang Mai vergeben die chinesischen Behörden keine individuellen Touristenvisa an ausländische Journalisten mehr. Von offizieller chinesischer Seite wurde allerdings nicht bestätigt, dass ein Wechsel der Visapolitik vorliege (SCMP, 6.5.00, *Ta Kung Pao*, 10.5.00, nach SWB, 11.5.00).

In der Vergangenheit war es eine relativ weit verbreitete und von den Behörden offenbar geduldete Praxis für ausländische Journalisten, nicht nur für private, sondern teilweise auch für gemischt privat-berufliche Aufenthalte mit individuellen Touristenvisa nach China einzureisen. Häufigen Gebrauch von dieser Praxis schienen vor allem in Hongkong stationierte ausländische Journalisten zu machen.

Im Gegensatz dazu wurde nun Journalisten, die ein individuelles Touristenvisum beantragten, dieses verweigert. Stattdessen wurden sie aufgefordert, sich einer offiziell betreuten Touristengruppe anzuschließen. Chinesische Journalisten in Hongkong, die mit Besuchserlaubnissen auf das

Festland einreisen können, sind davon nicht betroffen.

Die veränderte Praxis hat einige Verunsicherung ausgelöst. Kommentatoren zeigten sich vor allem überrascht, dass gerade im Vorfeld der Entscheidung im US-amerikanischen Repräsentantenhaus über die Normalisierung der Handelsbeziehungen mit China auf ein solches Verhalten nicht verzichtet wurde, das in krassem Widerspruch zur wirtschaftlichen Liberalisierung und Öffnung des Landes steht (SCMP, 6.5.00). -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

18 Forderung nach mehr Patentierungen

Die *Guangming-Zeitung* hat kürzlich an Wissenschaftler und Techniker appelliert, mehr Gebrauch von der Möglichkeit der Patentierung ihrer Erfindungen und Entdeckungen zu machen. Da der Gedanke des intellektuellen Eigentums in China schwach ausgeprägt sei, würden für eine große Anzahl wissenschaftlicher Forschungsergebnisse keine Patente angemeldet, und auf diese Weise gingen viele dieser Werte einfach verloren. Pro Jahr, so heißt es in dem Blatt, würden auf Staatsebene gut 30.000 bedeutende wissenschaftlich-technische Ergebnisse vorgelegt, doch für zwei Drittel von ihnen würde kein Patent angemeldet. In einem guten Jahrzehnt habe China mehr als 110.000 Erfindungen der Welt unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Nur weil man oft die Gebühr von einigen tausend oder zehntausend Yuan für die Anmeldung eines Patents nicht ausgeben wolle, würden leichtfertig lukrative internationale Märkte aufgegeben.

Insbesondere der vor mehr als zehn Jahren eingerichtete „Plan 863“, ein staatliches Programm zur High Tech-Entwicklung, habe schon eine Vielzahl von Produkten mit großer sozioökonomischer Bedeutung hervorgebracht. Doch von den rund 2.000 Ergebnissen seien gerade einmal etwas mehr als 400 Patente angemeldet worden, das